



## Ein weißes Blatt Papier



Ein gesundes und glückliches neues Jahr, das wünsche ich allen Mitgliedern unserer GdP, ihren Angehörigen und Freunden. Auch diejenigen, die uns freundschaftlich gesonnen sind, möchte ich in meine Glückwünsche einbeziehen. Nicht zuletzt gelten meine besten Wünsche für das neue Jahr auch denen, die der GdP skeptisch, manchmal auch abweisend gegenüberstehen. Ich weiß, dass auch Sie ausgesprochen intensiv den in unserer Zeitung enthaltenen Thüringer Teil lesen.

Beim Lesen dieser Zeilen sind die ersten Christbäume womöglich schon aus der kuschlig warmen Stube verbannt worden, die Festtagsspeisen sind vertilgt und nötigen manchem womöglich ein schlechtes Gewissen ab. Egal, es wartet viel Arbeit auf uns und die wird uns dabei helfen, die eine oder anderer Kalorie wieder loszuwerden.

So weiß wie dieses Blatt zu Beginn des Verfassens dieses Kommentars war, ist die Landschaft in diesen Tagen leider noch nicht. Die politische Landschaft hat in Thüringen hingegen einen durchaus reizvollen rot-rot-grünen Anstrich bekommen. Zurzeit fiebern die politisch Verantwortlichen und Interessierten der Wahl des Ministerpräsidenten für Thüringen entgegen. Bodo Ramelow ist seit dem 5. 12. 2014 Thüringer Ministerpräsident und Dr. Holger Poppenhäger Innenminister. Herzlichen Glückwunsch! Womit wir jetzt arbeiten, das ist der Koalitionsvertrag, der von Rot-Rot-Grünen

in der vorletzten Novemberwoche veröffentlicht wurde und den sich in der Folge die beteiligten Parteien auf extra einberufenen Parteitagen von ihren Delegierten bestätigen ließen. Die Stimmungen und Meinungen zu diesem Koalitionsvertrag innerhalb der drei beteiligten Parteien konnten Vertreter der GdP während der verschiedenen Veranstaltungen aufnehmen, leider kamen wir nicht immer an den Rednerpulten zu Wort. Dafür waren die Gespräche beim Kaffee mitunter sehr aufschlussreich und informativ.

Wie bereits in unserer Info 25/2014 kurz beschrieben, begrüßen wir die Willenserklärung der Koalition aus DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, endlich ein Personalentwicklungskonzept für die Beschäftigten der Thüringer Polizei auf die Beine zu stellen, das diesen Namen auch verdient. Die beabsichtigte Anpassung des Stellenplanes des Landes an die Dienststellenpläne der Thüringer Polizei erfährt ebenfalls unsere uneingeschränkte Unterstützung. Die sicherlich nicht ganz einfache Einführung einer Regelbeförderung ist ein Wunschziel der GdP gewesen, denn es ist einem Beamten nicht zu vermitteln, dass er nach mehr als 40 Jahren Dienstzeit mit dem gleichen Amt in Pension geht, mit dem er angefangen hat. Nicht zufrieden ist die GdP Thüringen mit der Lösung zum Aussetzen des Stellenabbaus. Mit Einstellungszahlen in den Größenordnungen der letzten drei Jahre, können wir mit durchschnittlich 130 neuen Anwärtern und Studenten pro Jahr rechnen. Davon sind aber durchschnittlich neun Kollegen in den Sportfördergruppen, die uns in den meisten Fällen nach Beendigung ihrer Ausbildung nur in den Größenordnungen zur Verfügung stehen, wie sie keine Sportförderung mehr genießen. Die Häufigkeit von Einstellungen im Bereich der Tarifbeschäftigten kann einen geneigten Beobachter eh nur die Schamesröte in das Gesicht treiben. Demgegenüber stehen durchschnittlich jährlich „planbare“ 170 und mehr Abgänge, durch Erreichen des Renten- oder Pensionsalters. Es bedarf keiner Kenntnisse der Mathematik, die das 3. Grundschul-

jahr übersteigen, um festzustellen, dass dies für die kommenden Jahre einen jährlichen Personalabbau von 40 und mehr Beschäftigten bedeutet.

Auf fünf Jahre hochgerechnet, hieße das, einen Personalverlust von mindestens 200 Beschäftigten bis 2019 zu verkraften. Dazu kommen noch durchschnittlich 50 ungeplante Abgänge jährlich. Werte Koalitionäre, welchen Teil von Thüringen soll denn die Polizei dann nicht mehr bedienen? Welcher Wahlkreis soll es denn sein? Sind sogenannte Bürgerwehren, wie sie ja schon in Thüringen tätig geworden sind, eine Alternative für Sie?

Für uns ist es keine. Deshalb fordern wir Sie auf, einen echten Stellenabbau zu initiieren, der die planbaren Abgänge ersetzt und die Thüringer Polizei so arbeitsfähig hält, wie sie es momentan ist. Die Personalzahlen, die wir zurzeit verzeichnen können, sind nicht die, die wir als ausreichend betrachten, aber noch weniger sind unseren Beschäftigten nicht mehr zuzumuten.

Ein ganz anderes Thema, ja Reizthema, ist für die GdP die unter dem Punkt 12.4 des Koalitionsvertrages angestrebte Entkriminalisierung des Cannabiskonsums. Das ist der falsche Weg! Ja, es gibt natürlich legale Drogen, die auch der Polizei reichlich Arbeit bereiten. Ich meine neben Koffein und Nikotin an erster Stelle den Alkohol. Aber bitte, wer kommt denn auf die Idee, wenn ich schon drei platte Reifen habe, mir selber den vierten auch noch zu zerstechen? Der Kampf gegen Alkoholmissbrauch sollte meiner Meinung nach ganz oben, gleich nach der Überschrift Drogenpolitik stehen, aber nein, dort wird Drogenkonsumenten, dankenswerterweise qualifizierte Hilfe zugesichert, bevor im darauffolgenden Absatz der Weg freigemacht wird in die Welt des Drogenkonsums. Zu den Themen Kennzeichnungspflicht und Reduzierung von Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz werden wir Euch weiter informieren und unsere Stimme an passender Stelle und bei passender Gelegenheit erheben.

Bis zum nächsten Monat

**Euer Landesvorsitzender, Kai Christ**



# Konstituierung und Neuausrichtung der Arbeit

**Am 28. Oktober 2014 trat der Fachausschuss Schutzpolizei der GdP Thüringen zum ersten Mal nach dem Landesdelegiertentag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Als Vorsitzenden bestätigten die anwesenden Mitglieder Thomas Müller (Landespolizeiinspektion Erfurt Inspektionsdienst Nord). Als sein Vertreter kandidierte der Kollege Michael Engelhardt (ebenfalls ID Nord). Auch er wurde einstimmig gewählt.**

Gewählte Mitglieder im Fachausschuss sind die Kollegen Sebastian Bauer, Jens Knoblauch (beide KG Saalfeld), Michael Brand (KG Nordthüringen), Volker Brandt (KG LPD/TIM), Michael Clas (KG Gotha), Julia Grahle (KG Aus- und Fortbildung), Jürgen Gröbner (KG Jena), Michael Engelhardt, Marcel Günther, Thomas Müller (alle KG Erfurt), Andreas Henkel (KG Suhl), Andreas Schröder und Hans-Jürgen Sterzl (beide KG Gera).

Der Landesvorsitzende Kai Christ eröffnete die Sitzung und informierte die Teilnehmer über den Stand der aktuellen Gewerkschaftspolitik. Schwerpunkte dabei sind die Zusammenarbeit mit der zukünftigen Landesregierung und Fragen der weiteren Entwicklung der Thüringer

Polizei. Zum wiederholten Male unterstrich Kai Christ die Haltung der GdP zu einem weiteren Stellenabbau. Unabhängig von jeder künftigen Regierungskoalition wird sich die GdP gegen jedweden Stellenabbau wenden. Mit noch weniger Personal ist kein Staat zu machen, auch kein Freistaat Thüringen!

Wenn alle vorhandenen Polizeidienststellen in Thüringen auf dem derzeitigen Level gehalten werden sollen, dann geht das nicht mit noch weniger Personal. Ein Personalentwicklungskonzept muss her! Andernfalls drohen Einschnitte in die polizeiliche Grundversorgung der Bevölkerung oder Abstriche bei der Aufgabenerfüllung. Beides können Politik und neue Regierung nicht ernstlich wollen. Zudem entspräche dies nicht dem Selbstverständnis der Thüringer Polizei.

Was alle Anwesenden besonders interessierte, war eine Wertung der seit zwei Jahren durchgeführten Polizeistrukturreform (PSR). Christ konnte in diesem Zusammenhang aus einem gemeinsamen Papier der Parteien DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zitieren, die gemeinsam zu dem Schluss kamen, die

PSR einer Evaluation zu unterziehen und bis 2016 von einem Personalabbau absehen zu wollen.

Der konstituierte Fachausschuss formulierte in einer regen Diskussion Themen, derer man sich in den nächsten vier Jahren annehmen will. Gewerkschaftlich soll eine kontinuierliche Arbeit des Fachausschusses gewährleistet werden, damit sich die Beschäftigten der Schutzpolizei in der GdP wahrhaftig vertreten fühlen. Als einer der Schwerpunkte zukünftiger Beratungen wurden bestehende Probleme in der Ausstattung der Beamten der Thüringer Polizei erkannt. Ein Gedankenaustausch soll u. a. zu den Themen Fahrzeugbeschaffung/-ausstattung, Warnschutzbekleidung, Neubeschaffung ballistischer Schutzwesten, Mannausstattung mit Funkgeräten inklusive Sprechgarnitur erfolgen. Gerade in diesen Punkten wünscht sich der Fachausschuss Schutzpolizei eine enge Zusammenarbeit mit allen Kollegen im Landesbezirk Thüringen. Bestehende Probleme, aber auch Anregungen/Tipps mögen an die Mitglieder des Fachausschusses herangetragen werden.

Ein Thema, das den Schutzpolizisten auf der Seele brennt, ist die Zusammenarbeit mit der Landeseinsatzzentrale. Hier gehen die Meinungen zwar noch auseinander, aber das polizeipraktische Verständnis und der Wille zu guter Zusammenarbeit und zu praktikablen Lösungen ist zu erkennen und für alle wichtig.

**Thomas Müller**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Auenstraße 38 a  
99089 Erfurt  
Telefon: (0361) 59895-0  
Telefax: (0361) 59895-11  
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

**Redaktion:**  
Edgar Große (v.i.S.d.P.)  
LPI Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2828



Mitglieder des Fachausschusses in der Geschäftsstelle

Foto: Rothe



BAUGESCHEHEN

# Neue Dienstgebäude für das LKA übergeben

Gerne sind wir der Einladung des Präsidenten des Thüringer Landeskriminalamtes gefolgt, die an die Gewerkschaften und Berufsvertretungen gerichtet war. Eingeladen war zu einer Besichtigung des Neubaus des TLKA am 24. November 2014, also kurz vor seiner Fertigstellung.

Die Gewerkschaft der Polizei war zu diesem Termin neben den Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates, des Bezirkspersonalrates, der Zentralen Frauenbeauftragten und des Vorsitzenden des örtlichen Personalrates TLKA mit zwei Gästen vertreten. Wir konnten uns ein Übersichtsbild über diesen über Jahre geplanten und nun fast fertiggestellten Neubau des TLKA machen. Lange Gänge, kühle Farben, keine Schnörkel – Zweckmäßigkeit in der Ausstattung sowie modernste Computer- und Kommunikationstechnik stehen im Vordergrund. Wie wir dem Bericht von Herrn Baier während

des Rundganges entnehmen konnten, waren alle Abteilungen in die Planung eingebunden, besonders, um jeweils die eigene Spezifik in den Bau mit einfließen zu lassen. Von besonderer Bedeutung sind sowohl die Kriminotechnischen Labore, die nach neuestem Wissensstand ausgestattet wurden, als auch das Video-Vernehmungszimmer. Ein Gebäudekomplex, der in seiner Gesamtheit beeindruckt. Nun muss er „belebt“ werden.

Am 3. Dezember 2014 fand die offizielle Schlüsselübergabe statt – nochmals ein herausragendes Ereignis in der Geschichte des TLKA, kurz bevor sukzessive der Umzug der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beginnt.

Der Landesvorsitzende der GdP, Kai Christ, überbrachte die herzlichsten Glückwünsche des Landesbezirks Thüringen und übereichte eine Topfpflanze. Auf dass sie bei guter



Besichtigung der neuen Gebäude

Foto: R. Mühlmann

Atmosphäre und viel Licht wächst und Freude bereitet. Mögen sich alle Kolleginnen und Kollegen an ihrem neuen Arbeitsplatz wohlfühlen, möge das neue Arbeitsklima die Straftatenaufklärung beflügeln, möge der Kriminalitätsbekämpfung mit diesem Neubau ein Domizil gegeben sein, das uns weiterhin ein Leben in Sicherheit ermöglicht. **Kerstin Rothe**

PERSONALPOLITIK

# GdP begrüßt Vizepräsidenten

Der Thüringer Innenminister hatte Anfang November 2014 Polizeidirektor Jens Kehr als Vizepräsidenten der Landespolizeidirektion in sein Amt ernannt und in den Dienstposten eingewiesen. GdP-Landesvorsitzender Kai Christ ließ es sich nicht nehmen und besuchte Jens Kehr an seiner neuen Arbeitsstätte. Ganz neu ist die Landespolizeidirektion für Jens Kehr nicht, da er bereits vom ersten Tag im Aufbaustab der Landespolizeidirektion tätig war. Bei der Neugründung der Landespolizeidirektion wurde er zunächst mit der Leitung der Behörde beauftragt. Wegen eines Rechtsstreites um die Stelle des Vizepräsidenten gab er zwischenzeitlich zwei Jahre seine Visitenkarte im TLKA als Vertreter des Präsidenten ab.

Die GdP suchte nun zeitnah den Kontakt, um Jens Kehr alles Gute für seine Tätigkeit zu wünschen. Natürlich kam Kai Christ nicht mit leeren Händen. Neben herzlichen Worten hatte er auch noch ein kleines Geschenk mitgebracht. „Eine besondere Botschaft ist mit dem Geschenk (siehe Foto) nicht verbunden“, so Kai Christ. Der Vizepräsident nahm sich im Anschluss noch etwas Zeit, um die beiderseits interes-

sierenden Themen zu beraten. So wird es vor allem um den Stopp im Stellenabbau gehen. Die Frage steht dann im Raum, wo und wie weitere Stellen gestrichen werden könnten. Brauchen wir Prävention oder geschlossene Einheiten oder gar die Sicherheit am Bürger nicht mehr? Hier wird die Politik gefordert sein, die Richtung zu zeigen. Aber in den Behörden muss bei weiterem Stellenabbau die Lösung her.

Der Gewerkschafter schnitt weiterhin an, wie sich der Verwaltungsdienst künftig entwickeln soll. Die Polizeiverwaltung ist die Basis für einen erfolgreichen Polizeivollzugsdienst. Für Polizeivollzugsbeamte ist vor allem wichtig, inwieweit und wie ein Wechsel der Laufbahn künftig umgesetzt wird. Viele Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes sind dauerhaft mit Aufgaben des gehobenen und höheren Dienstes beauftragt. Als Dauerthema wird jedoch bleiben, wie Diabetiker oder anderweitig gesundheitlich eingeschränkte Beamte verwendet werden und wie mit diesen Beamten ohne Waffe und ohne Erlaubnis zum Fahren von Dienstkraftfahrzeugen umgegangen wird. Auch die neue Beurteilungs-

richtlinie war Thema, deren Umsetzung wird erneut einen hohen Kraftaufwand erfordern. Jens Kehr zeigt einige Ideen auf, befand jedoch auch, von der politischen Vorgabe abhängig zu sein. Nicht zuletzt verständigte man sich auf regelmäßige Treffen zum Austausch vor allem der Einzelprobleme. Es war klar zu erkennen, dass einer positiven Zusammenarbeit nichts im Wege stehen wird. Darauf wird die GdP aufbauen und der LPD die bestehenden Probleme darlegen, Lösungsvorschläge unterbreiten und so der Polizei und den Beschäftigten dienen.



K. Christ übergibt das Geschenk an J. Kehr

Foto: ÖA LPD





# Thüringer Gewerkschafter in Berlin dabei

**Es macht Spaß, mit dem zeitlichen Abstand von zwei/drei Wochen diesen großen Kongress zu reflektieren, an dem über 500 Menschen teilnahmen. Der Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei ist ein Ereignis im Gewerkschaftsleben, das alle vier Jahre stattfindet und nichts mit Alltag zu tun hat. Der 25. Ordentliche Bundeskongress war etwas Besonderes.**

Es ist ein Treffen von Menschen, die sich bereits kannten und sich auf das Wiedersehen freuten, und derer, für die das Ereignis neu war – wie für mich. Es ist ein Treffen, um neue Kontakte zu knüpfen oder einfach die Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen, die man nur vom Telefon her kennt. In diesem Jahr gehörten zur Delegation des Landesbezirkes Thüringen als Delegierte Kerstin Henniger (KG Jena), Marieta Lindner (KG Suhl), Wolfgang Gäbler (KG LPD/TIM), Lutz Bernsdorf (KG Suhl) und Torsten Burkhardt (KG Gera).

Unser Landesvorsitzender Kai Christ (KG A-F), unser ehemaliger Landesvorsitzender Marko Grosa (KG Nordthüringen), Monika Pape (KG LPD/TIM) in der Funktion als stellv. Landesredakteurin, Dieter Johannes als Seniorenvertreter (KG Erfurt), Lutz Engelhardt (KG Erfurt) als Mitglied im Bundeskontrollausschuss, Katrin Ruhmann (KG TLKA) als Bundeskassenprüferin und Kerstin Rothe in der Funktion der Gewerkschaftssekretärin komplettierten die Delegation. Wir waren eine kleine, aber feine, bunt gemischte Gruppe aus Männern und Frauen, aus Jung und Alt, (fast) ein Querschnitt unserer Kreisgruppen. Der Landesbezirk Thüringen gratuliert an dieser Stelle recht herzlich unserem neu gewählten Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV). Macht Eure Sache gut! Alle Gewerkschaftler/-innen bundesweit setzen große Hoffnungen in Euch, die Geschicke der Polizeibeschäftigten aller Bundesländer und des Bundes in ihrem Sinne regeln zu helfen. Gleichwohl ist für uns Thüringer ein Wertmüsstropfen dabei, denn es gibt nun im GBV keinen Vertreter der Ostdeutschen Länder bzw. der kleinen Bundesländer – schade. Um auf diesen Umstand während der Wahl aufmerksam

zu machen, wurde unser Landesvorsitzender als Gegenkandidat bei einer Funktion vorgeschlagen. Die Stimmenzahl reichte nicht aus, setzte aber ein Zeichen!

Gewählt wurde zudem erstmals eine Schiedskommission, die angerufen werden kann, wenn es um die Lösung von gewerkschaftlichen Streitfällen geht. Wir als Thüringer sind froh, dass es jetzt dieses Gremium gibt, und hoffen, dass es nie gebraucht wird. Wer da meint, dass man sich während eines Bundeskongresses einfach nur so zurücklehnt und zuhört, wird eines Besseren belehrt. Rechenschaftsbericht, Finanzbericht und die Beratung über mehr als 240 Anträge mit Änderungsanträgen erfordern schon ein gehörig Maß an Konzentration und Aufmerksamkeit. Jeder Landesbezirk hat aus seinem Befinden, aus seinen Notwendigkeiten heraus Themen auf die Antragsliste gesetzt. Thüringen brachte sich mit sechs Anträgen ein, die in die Arbeit des Bundesvorstandes der kommenden vier Jahre einfließen werden, denn alle unsere Anträge wurden von den Delegierten angenommen:

- Zeit- und Inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf den Bereich der Beamten
- Vorantreiben der Dienstrechtsreform (wurde als Arbeitsmaterial angenommen)
- Besserer Ausgleich für die Erschwerenisse des Polizeiberufes/Schichtzulagen und DUZ
- Bessere Anerkennung des Ehrenamtes besonders hinsichtlich der Gewährung von Sonderurlaub im Tarifbereich
- Vorantreiben einer Studie „Gesundheitliche Beeinträchtigung durch unregelmäßigen Dienst“
- Schutz von persönlichen Daten unserer Polizeibeschäftigten: „In die Rechte der Beschäftigten darf nur im gesetzlich zulässigen Umfang und nicht anlasslos eingegriffen werden.“

Besonders wichtig aus Thüringer Sicht ist der Antrag zur Erstellung einer Studie über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen von unregelmäßigem Dienst. Eine gleichlautende Studie über gesundheitliche Beeinträchtigungen des Schichtdienstes hat vor mehr als 30 Jahren wesentlich bei der Einführung der Schichtzulage geholfen. Der klassische Schichtdienst ist jedoch immer mehr auf dem Rückzug. In Zei-

ten von Stellenstreichungen und Personalabbau ist „Bedarfsdienst“ das Zauberwort. Besonders Einsatzeinheiten, zivile Ermittlergruppen oder Fahndungsgruppen können kaum noch zwei Wochen im Voraus planen. Von einem regelmäßigen Wechsel zwischen den einzelnen Schichten ist gar nicht mehr die Rede. Diese Kolleginnen und Kollegen leisten einen unregelmäßigen und fast nicht planbaren Dienst und erhalten dafür keinerlei Entschädigungen. Das wollen wir ändern, und der Bundeskongress hat sich unserer Auffassung mehrheitlich angeschlossen.

Als Mitglied der Antragsberatungskommission war L. Bernsdorf bereits im Sommer aktiv. Und unser Junior T. Burkhardt war Mitglied der Mandatsprüfungs-/Wahlkommission. Lange Diskussionen über Satzungsfragen, über die Frauenquote sowie die Föderalismusreform spiegeln sich in der Masse an Anträgen wider und begleiteten somit die Kongresstage. Viele Redner stellten fest, dass der Föderalismus den Landespolizeien nicht weiter geholfen hat, sondern die Unterschiede in Bezahlung, Dienstpostenbesetzungen, Ausstattung, Einsatz der Tarifbeschäftigten, Einsatzgeschehen etc. sehr gravierend sind. Hier ergibt sich ein weites Aufgabenfeld für unsere Organisation.

Das klingt alles nach viel Arbeit, Konzentration, müden Augen und langem Sitzen – das war auch so. Und natürlich darf man sich nach langen Sitzungstagen abends bei einem Glas Bier zurücklehnen, lachen und den Tagesstress hinter sich lassen. Gemeinsam mit den Delegationsmitgliedern des Landesbezirkes Sachsen genossen wir einen gemütlichen Abend in einem Berliner Brauhaus, verbunden mit einer eher zufälligen Stadtrundfahrt durch die nächtliche Bundeshauptstadt. Last, but not least bedanken wir uns bei den Organisatorinnen und den Organisatoren des 25. Bundeskongresses. Höchst professionell, mit einem umfangreichen Arbeitsaufwand und gleichbleibender Freundlichkeit wurden die Anliegen der Delegierten und Gäste gemanagt. Herzlichen Dank der Gruppe rund um Tanja, Jacqueline, Egin, dem IT-Team, der OSG und allen Sekretären und Sekretärinnen, die sich weit im Vorfeld mit der Organisation des 25. Ordentlichen Bundeskongresses befassten.

**Kerstin Rothe**



25. BUNDESKONGRESS DER GdP



Fotos: Pape





# Modernisierung durch Mitbestimmung

**Das Schöneberger Forum ist eine gemeinsame Jahrestagung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung zum öffentlichen Dienst. Unter dem Motto „Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst“ trafen sich am 25. und 26. November in Berlin rund 500 Personalvertreter/-innen, Führungskräfte und politisch Verantwortliche, Beschäftigte aus Bund, Ländern und Kommunen.**

An den beiden Veranstaltungstagen standen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern jeweils drei Fachforen zur Auswahl. Die Themen reichten dabei von Modernisierung durch Mitbestimmung über die Kürzungspolitik und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst bis hin zu den Folgen des demografischen Wandels auf die Personalplanung und -entwicklung. An dieser Veranstaltung nahmen auch Thüringer Vertreter der verschiedenen Personalvertretungen teil.

Nach der Eröffnung durch die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, hat Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, erläutert, was nach seiner Auffassung getan werden muss, damit der öffentliche Dienst auch zukünftig verlässlich Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen kann. Als Referenten konnten wir den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Günter Krings, begrüßen.

Wir Thüringer brachten uns im Forum I ein, das unter der Thematik: „Modernisierung des öffentlichen Sektors durch eine aktive Mitbestimmung“ stand.

Der öffentliche Dienst ist seit nunmehr über zwanzig Jahren von Reorganisation geprägt. Beschäftigte haben dabei häufig erfahren müssen, dass Reformversprechen nicht eingehalten wurden und nicht zuletzt in Arbeitsverdichtung mündeten. Oftmals sind es einzig die Personalvertretungen, die darauf achten, dass moderne Steuerungsinstrumente den absoluten Arbeitsaufwand nicht noch erhöhen. Mit dem Personalvertre-

tungsrecht sollen die Interessen der Beschäftigten gesichert und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verbessert werden. Die seit Jahren unveränderten Regelungen zur Beschäftigtenvertretung passen längst nicht mehr zur Wirklichkeit in den Dienststellen. Daher fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes und der Personalvertretungsgesetze der Länder. Den Teilnehmern wurden die bestehenden Gestaltungsherausforderun-

gen dargestellt und Lösungswege durch eine aktive Mitbestimmung erläutert. Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB, hat anschließend über die Relevanz der Mitbestimmung im und für den öffentlichen Dienst referiert. Im Rahmen der darauf folgenden Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises wurden die Personalräte geehrt, die in den letzten drei Jahren durch kreative Ideen und viel Engagement aufgefallen sind.

Am zweiten Tag fand eine sehr interessante Diskussion im Forum IV zur „Personalplanung und -entwicklung: Antworten auf demografische Herausforderungen“ statt. Der demografische Wandel und die gesundheitlichen Belastungen der Beschäftigten stellen auch die Personalverantwortlichen im öffentlichen Dienst vor große Herausforderungen. Zum einen sind sie mit den bestehenden Wechselwirkungen zwischen steigendem Durchschnittsalter der Beschäftigten und den zu erledigenden Aufgaben konfrontiert. Zum anderen mit der Tatsache, dass die mit der steigenden Anzahl altersbedingter Abgänge einhergehenden Auswirkungen für die verbliebenen Beschäftigten zunehmend spürbar sind und im Ergebnis die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährden. Wie unter diesen Gegebenheiten Personalplanung und -ent-

wicklung sowohl im Sinne der Beschäftigten als auch der Dienstherren und Arbeitgeber funktionieren kann, stand im Mittelpunkt der Gesprächsrunde.

In der Abschlussdiskussionsrunde warnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor dramatischen Personallücken in den kommenden Jahren bei den Polizeien des Bundes und der Länder. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek sagte, um die tägliche Handlungsfähigkeit der Polizei auch künftig überall in Deutschland zu gewährleisten, gelte es nicht nur den stetigen, mit Schuldenbremse und Sparzwängen begründeten Personalabbau umgehend zu stoppen. Zugleich komme auf viele Bundesländer

spätestens in drei bis vier Jahren eine Pensionierungswelle zu.

Mit Einstellungszahlen auf dem Niveau der letzten drei Jahre werden die planbaren Altersabgänge in der Thüringer Polizei nicht einmal annähernd ausgeglichen und somit wird auch in 2015 ein versteckter, schleichender Stellenabbau durchgeführt (siehe auch Info 25/2014 und 26/2014 des Landesvorstandes).

Allein schon die im vergangenen Jahrzehnt eingesparten 12 000 Stellen in den Polizeien von Bund und Ländern stellen Radek zufolge eine Dimension dar, die bei allen Beteuerungen von Politikern, den Kurs nicht weiterfahren zu wollen, nicht aufgeholt werden kann. „Deshalb muss in Bund und Ländern alles unternommen werden, um den Beruf des Polizisten attraktiver zu machen. Da geht es beispielsweise um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, angemessenen Wohnraum, den sich die Kolleginnen und Kollegen leisten können, und die Absicherung eines entsprechenden Lebensstandards auch in sogenannten Hochpreisregionen, auch außerhalb von Ballungsgebieten“, sagte Radek.

Die GdP Thüringen hofft und wünscht, dass die neu gewählten Politiker unseres Freistaates, sich dieses Thema nicht nur anhören, sondern sich dessen auch annehmen. **mp**



# Pilze gesucht und gut gegessen

## Pilze gesucht

Am 8. Oktober war bei den Senioren in Saalfeld wieder Pilze suchen angesagt. Die Teilnehmer trafen sich in diesem Jahr in Heinrichsort, nahe Wurzbach. Wir konnten wieder den Pilzsachverständigen Bodo Wagner, die Pilzkenner Reinhardt Fränzel und Manfred Schröder aus Gera begrüßen. Traditionsgemäß begann die Suche mit Kaffee und Kuchen. Nach Erhalt des Kartenausschnittes ging es los.

Auch wenn die Pilzschwemme der Monate August und September Ge-

Zu Beginn stand eine Besichtigung der alten Wassermühle auf dem Plan. Brigitte Nürnberger führte uns. Sie zeigte uns das zu einer Spielstätte umgebaute Lager der Mühle, in der im Sommer Theateraufführungen von einer Laiengruppe erfolgen. Weiter ging es in die eigentliche Mühle, in der einige Gästezimmer entstehen, und anschließend zur Bäckerei.

Zwischenzeitlich wurde durch das Gaststättenteam das Schlachtessen vorbereitet. Es bestand aus Wellfleisch, heißen Blut- und Leberwürst-

chen, gebackenem Blut, Eisbein, Hackepeter und geräucherter Bratwurst. Dazu wurden Sauerkraut, Kartoffeln, Brot, Brötchen und Wurstsuppe gereicht. Jeder konnte sich an diesen Köstlichkeiten sattessen. Am Ende war noch reichlich zum Mitnehmen übrig.

Wir bedanken uns bei Frau Nürnberger für die Führung und dem Gaststättenteam für die überaus schmackhaften Speisen sowie bei der Familie Fischer für die Organisation.

Siegfried Wäntig



Fotos: BHanft

schichte war, konnte sich das Ergebnis sehen lassen. Nachdem der Fundus von Bodo begutachtet worden war, wurde ein Teil der essbaren Pilze küchenfertig geputzt und geschnippelt.

Zum gemeinsamen Pilzessen ging es nach Lehesten in die Gaststätte am Markt, wo die heißen Pfannen schon auf die Früchte des Waldes warteten. Auf dem Tisch landete dann ein köstliches Essen, bestehend aus Lehestener Kartoffelsalat, Steak und unseren selbst gesuchten Pilzen.

Zwischenzeitlich wurde von Bodo, Reinhardt und Manfred die Pilzausstellung vorbereitet. Am Ende waren über 60 Pilzarten, von essbaren über ungenießbare bis zu giftigen, zu sehen. Wir bedanken uns bei dem Gaststättenteam, bei den Kuchenbäckerinnen Heidi und Ute sowie bei Bodo und allen Mithelfern.

## Schlachtessen

Der Herbst und der Winter sind die Zeit des Hausschlachtens. Deshalb trafen sich die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe mit ihren Partnern in Knau auf der Agro-Farm.

### Veranstaltungsplan Seniorengruppe Saalfeld 2015

Datum	Veranstaltung	Zeit	Ort
14.01.2015	Karpfenessen	15.00	Ort wird noch bekanntgegeben
26.01.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
11.02.2015	Stammtisch	15.00	Eyba – Thema noch offen
09.03.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
08.04.2015	Kräuterwanderung	09.00	Ort wird noch bekanntgegeben
20.04.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
06.05.2015	Stammtisch	15.00	Eyba – Thema noch offen
20.05.2015	Pokalschießen	10.00	Kamsdorf Schießstand
01.06.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
17.06.2015	Busexkursion Wartburg	07.00	Saalfeld
13.07.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
22.07.2015	Wanderung zur Forelle	10.00	Saalfeld
05.08.2015	Stammtisch	15.00	Eyba
24.08.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
09.09.2015	Senioren sportfest	13.00	Hohenwarte
23.09.2015	Pilzwanderung	09.00	Ort wird noch bekanntgegeben
28.09.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
21.10.2015	Schlachtessen	15.00	Ort wird noch bekanntgegeben
04.11.2015	Stammtisch	15.00	Eyba – Thema noch offen
16.11.2015	Bowling	14.30	Gorndorf
02.12.2015	Jahresabschluß u. Neuwahl	15.00	Eyba
14.12.2015	Bowling	14.30	Gorndorf





# Zentrale/dezentrale Beschaffung in ...

## ... Sachsen-Anhalt

... wurde in den letzten Jahren immer mehr zu zentralen Beschaffungen übergegangen. Diese werden vom Technischen Polizeiamt (TPA) ausgeführt. So wird zum Beispiel die komplette Bekleidung dort beschafft. Die Kollegen/-innen können im Intranet über das Bekleidungs- und Service-Center ihre Uniformen und andere Kleidung bestellen.

Alle investiven Maßnahmen (> 5000 €) werden grundsätzlich durch das TPA beschafft. Dasselbe gilt auch für die gesamten IT-Beschaffungen. Diese werden vom TPA als Rahmenverträge ausgeschrieben und die Technik kann dann, nach Maßgabe des Haushalts, für die Behörden und Einrichtungen (BuE) abgerufen werden.

Auch für andere Bereiche wurden vom TPA Rahmenverträge abgeschlossen. Es gibt sie für PC-Technik, Mobilfunkverträge, Reifen, Möbel, Bürobezug, Papier und seit diesem Jahr auch für geleaste Kopier- und Drucktechnik. Im Prinzip wird alles, was in großen Mengen eingekauft werden kann, zentral beschafft. Die Dienst-Kfz, die in den letzten Jahren größtenteils vom TPA zentral geleast wurden, werden jetzt zum Teil auch wieder gekauft.

Die BuE melden alle ihre Bedarfe im Zuge der Haushaltsplanung an und liefern die Leistungsbeschreibungen ans TPA. Dort werden dann die Ausschreibungen nach Rücksprache mit den BuE durchgeführt.

Dezentrale Beschaffungen gibt es in den Polizeidirektionen und der LBP, dem LKA und der FH Pol. Dort werden in der Regel nur Spezialtechnik, sonstige Gegenstände, die nur von der jeweiligen BuE benötigt werden, Dienstleistungen und Wartungsverträge beschafft.

Die zentralen Beschaffungen in großer Stückzahl haben finanzielle Vorteile, es ist natürlich schwieriger, auf individuelle Anforderungen der BuE einzugehen. Wie sich dies in Zukunft weiterentwickelt, wenn die gesamte Verwaltung in einem Amt zentralisiert wird, bleibt abzuwarten.

**Jens Hüttich**

## ... Thüringen

Mit Wirkung vom Februar 2013 trat die Richtlinie des Thüringer Innenministeriums für das Verfahren bei Beschaffungen im Geschäftsbereich des Thüringer Innenministeriums in Kraft. Vor Inkrafttreten dieser Richtlinie und der Errichtung der Landespolizeidirektion (LPD) erfolgten Beschaffungen unter 5000 € dezentral durch die jeweiligen Dienststellen. Die neue Beschaffungsrichtlinie dagegen sieht dezentrale Beschaffungen lediglich bis zu 500 € vor und zugleich eine Zentralisierung der Bedarfe aller der LPD nachgeordneten Dienststellen. Diese sind zusätzlich mit dem gleichartigen Bedarf anderer Behörden und Einrichtungen zu bündeln.

Die Zentralisierung erfolgt über das Sachgebiet 24 der LPD als Zentrale Vergabestelle. Dazu sollen neben den Beschaffungen der Thüringer Polizei auch die des Thüringer Innenministeriums und weiterer Behörden und Einrichtungen des Innenressorts gehören. Ausnahmen von der zentralen Beschaffung sind ebenso in der Richtlinie definiert wie die Aufgaben innerhalb des Beschaffungsvorgangs und das Beschaffungsverfahren.

Es ist festzustellen, dass mit Inkrafttreten der Beschaffungsrichtlinie eine höhere Qualität bei der Umsetzung vergabe-rechtlicher Vorschriften und eine Transparenzsteigerung zu verzeichnen ist. Dagegen sprechen jedoch eine erhebliche Erhöhung des Verwaltungsaufwandes sowie die starke zeitliche Verzögerung von Beschaffungsmaßnahmen. Ein Grund hierfür ist der Genehmigungsweg des Beschaffungsplanes und die folgenden Ausschreibungszeiträume, welche vier bis sieben Wochen in Anspruch nehmen. In den Behörden und Einrichtungen ist daher eine oftmals erforderliche, schnelle und bedarfsorientierte Beschaffung kaum möglich. Als Ausnahme von der zentralen Beschaffung existiert in der Richtlinie die dezentrale Beschaffung, deren Grenzen definiert sind. Unter anderem ist sie dann möglich, wenn eine besondere Sachnähe vorliegt.

**Monika Pape**

## ... Sachsen

Das Beschaffungswesen bei der sächsischen Polizei hat sich seit Jahren bewährt. Mit der Umorganisation im Jahr 2005 wurde mit der Bildung einer eigenen Abteilung die weitere Zentralisierung der Beschaffung bei der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen (LPD ZD SN) eingeleitet. Mit der Umsetzung der letzten Organisationsveränderung zum 1. Januar 2013 wurde dieser eingeschlagene Weg bestätigt. Mit der Umbenennung der LPD ZD SN zum Polizeiverwaltungsamt (PVA) waren diesbezüglich keine wesentlichen ablauforganisatorischen Veränderungen notwendig. Prinzipiell erfolgt damit das zentrale Beschaffungswesen der Polizei über das Referat Logistikzentrum des PVA. Damit werden hier systematisch und planmäßig die Grundlagen für die entsprechenden Ausschreibungen gelegt.

Alles, vom Dienstkräftfahrzeug über Schutzbekleidung oder IT-Technik sowie Dienstbekleidung bis zum Vordruckwesen, wird von hier beschafft. Dies erfolgt auf der Grundlage von Analysen, den bisherigen Erfahrungen und künftigen Anforderungen an die Polizeiarbeit sowie in Zusammenarbeit mit allen Polizeidienststellen und Einrichtungen der Polizei.

„Für eine professionelle Polizeiarbeit bedarf es einer modernen Sachausstattung wie interaktive Funkstreifenwagen, moderne Beweissicherungstechnik, einer aufgabengerechten Ausrüstung sowie moderner IT-Technik.“ Diese Aussage des Koalitionsvertrages zwischen der CDU Sachsen und SPD Sachsen für den Zeitraum 2014 bis 2019 unterstreicht die Wichtigkeit der Aufgabe und muss die Grundlage bilden, um die haushalterischen und personellen Voraussetzungen für die Arbeit der Polizei zu gewährleisten.

Die dezentrale Beschaffung der Polizeidienststellen und Einrichtungen hat insofern noch Bedeutung, dass für die sogenannten „1000 kleinen Dinge“ noch Spielräume und Flexibilität vorhanden sind.

**Torsten Scheller**

